

Das moderne Bielefeld

Unser Programm zur BielefeldWahl 2014

verabschiedet am 10.03.2014 durch den Kreisparteitag der FDP Bielefeld

1. Bildung

Die Herausforderung

Bildung ist die Basis unserer Ökonomie und zugleich der Schlüssel für das selbstbestimmte Leben jedes Einzelnen und seine Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die Potenziale und Beiträge von Kindern zu verzichten, die etwa aus einem bildungsfernen Elternhaus kommen. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der wirtschaftlichen Vernunft, jedem Kind einen Bildungsabschluss zu ermöglichen, der seinen Begabungen und seinem Fleiß entspricht. Zur Lösung der Aufgaben, die die Zukunft für Bielefeld bereithält, ist Bildung die unverzichtbare Grundlage.

Unser Kompass

Wir werden in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren. Trotz schwieriger Haushaltslage werden wir in den kommenden Jahren mehr kommunale Mittel zukunftsorientiert für junge Menschen aufwenden, denn Bildungseinrichtungen brauchen funktionierende Gebäude und eine Ausstattung, die die moderne Vermittlung zeitgemäßer Inhalte ermöglicht.

Kitas und andere vorschulische Einrichtungen sind für uns nicht nur Kinderbetreuung, sondern gehören zu den Bildungseinrichtungen. Nachdem wir uns in den vergangenen Jahren erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass jedes Kind einen Betreuungsplatz erhalten kann, hat die Steigerung der Qualität der angebotenen Betreuung für die FDP oberste Priorität. Ausgaben für Betreuungsplätze sind Bildungsinvestitionen in die Zukunft Bielefelds. Dabei wollen wir das Leben mit Kindern einfacher machen. Um Beruf und Familie in Einklang zu bringen, braucht es z.B. flexiblere Öffnungszeiten oder niedrige Elternbeiträge.

Bei der Schulwahl wollen wir Eltern die freie Entscheidung ermöglichen. Es ist nicht die Aufgabe der Politik, Eltern und deren Kinder durch Lenkung, Angebotsverknappung u.ä. zu ihrem vermeintlichen Glück zu zwingen. Vielmehr will die FDP den freien und fairen Wettbewerb der Schulformen Realschule, Gymnasium und Gesamtschule ermöglichen. Für uns ist entscheidend, dass die Qualität des Unterrichts und das Lernklima der Schule kontinuierlich verbessert werden.

Die Schaffung immer neuer Schulformen und immer neue Bildungsversuche auf Kosten von Schülern, Eltern und Lehrern helfen dabei nicht weiter, sondern binden Energie und Mittel, die zur Lösung der wichtigen Zukunftsaufgaben fehlen.

Die Talente von Kindern mit praktischen Begabungen werden in unserem Bildungssystem zu wenig gefördert. Das Idealbild einer akademischen Ausbildung wird nicht allen Kindern gerecht. Handwerker und Facharbeiter werden schon heute dringend gesucht und zugleich fördern wir diejenigen nicht optimal, die entsprechende Begabungen mitbringen. Hier in der Schule und beim Übergang in den Beruf zu unterstützen, ist eine wichtige Richtschnur unserer Bildungspolitik.

Unsere Maßnahmen

- Tafel und Kreide bereiten Kinder nicht mehr optimal auf die heutige Arbeitswelt vor. Die Ausstattung unserer Schulen müssen wir ins 21. Jahrhundert bringen. Wir setzen uns dafür ein,

die Bielefelder Schulen flächendeckend mit digitalen Weißwandtafeln (Whiteboards) auszurüsten und auch Tablet-Klassen anzubieten. Medienkompetenz und der Umgang mit modernen Arbeitstechniken müssen schon in der Schule gelernt werden. Wir wollen insbesondere die Lehr- und Lernmittelausstattung in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik auf einen modernen Stand bringen und uns dabei aktiv um private Sponsoren bemühen.

- Trotz z.T. guter Arbeit haben die Hauptschulen im Stadtgebiet keine Zukunft. Hauptschulen, die in einem Schuljahr keine Eingangsklasse bilden können, sollten im darauffolgenden Schuljahr auslaufend geschlossen werden.
- Funktionierende und erfolgreiche Realschulen sollen nicht gegen den Willen von Eltern geschlossen werden. Wir sind vor allem gegen die von SPD und Grünen beabsichtigte Schließung der Realschulen Senne, Sennestadt und Jöllenbeck. Die neue und noch unerprobte Schulform „Sekundarschule“ lehnen wir für Bielefeld ab.
- Die Errichtung einer fünften Gesamtschule in Bielefeld lehnen wir in Zeiten rückläufiger Schülerzahlen entschieden ab. Bei temporären Anmeldeüberhängen ist die Anzahl der Klassen einer Jahrgangsstufe an den bestehenden Gesamtschulen vorübergehend zu erhöhen.
- Die Bielefelder FDP setzt sich auf Landesebene weiter dafür ein, dass Realschulen und Gymnasien hinsichtlich der Lehrerausstattung nicht gegenüber integrativen Schulformen benachteiligt werden. Bei der räumlichen Ausstattung besteht in Bielefeld Nachholbedarf bei den Gymnasien.
- Wir wollen einen Bielefelder Stärkungspakt für die Realschulen entwickeln und umsetzen. Mit Schulen, Eltern, Gewerkschaften, Wirtschaft, berufsbildenden Schulen und Verwaltung wollen wir Realschulen vor allem in ihrer Arbeit mit Kindern unterstützen, die praktisch-handwerkliche Begabungen mitbringen. Die Schaffung von Ganztagsangeboten an Realschulen wollen wir mit Priorität fördern.
- Die Berufsschulen und damit die duale Ausbildung wollen wir als alternativen Karriereweg zum Abitur stärken. Die zahlreichen Optionen und Bildungswege, die die berufsbezogene Schulausbildung bieten, sollen besser kommuniziert werden.
- Kooperationen von Unternehmen und Schulen wollen wir fördern. Dies erleichtert nicht nur die Modernisierung unserer Schulausstattung durch Sponsoring, sondern bietet auch konkrete Vorteile für die Schüler durch praxisnahe Inhalte und Praktika sowie einen leichteren Übergang von Schule zum Beruf.
- Es gibt Schüler, die trotz umfangreicher Förderung zum Ende ihrer Schullaufbahn große Schwierigkeiten haben, den Weg ins Berufsleben zu finden. Es gibt viele Angebote für diese Jugendlichen. Wir wollen mit einer Initiative alle Akteure in diesem Bereich an einen Tisch bringen, um gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren. Der Einsatz an dieser Stelle lohnt besonders, da viele Karrieren durch den richtigen oder falschen Einstieg bestimmt werden.
- Die passgenaue Förderung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ist unser Ziel. Dabei ist das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und damit Grundstein unseres Bildungskonzepts. Sprachförderangebote wollen wir daher in ihrem Bestand garantieren und wenn geboten ausbauen.

- Während die deutsche Sprache die Basis für den Wissenserwerb ist, ist die Beherrschung von Fremdsprachen bzw. nicht-deutscher Muttersprachen eine zunehmend wichtige Schlüsselkompetenz. Wir wollen daher, dass in Bielefeld verstärkt internationale Schulangebote, z.B. bilinguale Grundschulen, entstehen. Auch Sprachen wie z.B. Russisch und Türkisch wollen wir in Schule und Kindergarten fördern, so dass mehrsprachige Kinder in ihren nicht-deutschen Muttersprachen auch lesen und schreiben können.
- Wir wollen ein Netzwerk zum Ausbau der Kooperation von Schulen mit Hochschulen und städtischen Ämtern im Bereich der Begabten- und Hochbegabtenförderung etablieren. Die spezielle Förderung von begabten bzw. hochbegabten Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter sporadisch betrieben und dem Zufall überlassen werden und muss bereits im Kindergarten ansetzen. Schon dort gilt es, außergewöhnliche Begabungen von Kindern frühzeitig zu erkennen und entsprechend darauf zu reagieren. Ein unbürokratisches Zusammenspiel aller Akteure ist gefragt, diesen Schülerinnen und Schülern ein umfangreiches Angebot der Förderung wohnortnah bei den Grundschulen und an den weiterführenden Schulen innerhalb Bielefelds zur Verfügung zu stellen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf Kinder mit nicht deutscher Muttersprache liegen.
- Gemeinsam mit benachbarten Städten und Kreisen wollen wir ein langfristiges Konzept zur sonderpädagogischen Förderung entwickeln, das qualitativ hochwertige inklusive Bildung, aber auch ein erreichbares Förderschulangebot der unterschiedlichen Förderschwerpunkte sichert. Eltern von Kindern mit Förderbedarf müssen eine Wahlmöglichkeit zwischen inklusiver Beschulung in einer Regelschule und dem Besuch einer spezialisierten Förderschule haben. Eine vorschnelle und finanziell motivierte Schließung von Förderschulen lehnen wir ab.
- Wir wollen, dass sich Bielefeld entschlossener als bislang gegen die Inklusionspolitik der rot-grünen Landesregierung einsetzt. Qualität muss vor Tempo gehen, die Beschulung von Kindern mit Förderbedarf in allgemeinbildenden Schulen überfordert häufig Lehrer sowie Schüler ohne und mit Förderbedarf. Eine bessere personelle Ausstattung und die dafür notwendige Finanzierung durch das Land sind dringend erforderlich.
- Wir sehen keinen Bedarf für eine weitere Schulform in Schulversuchsform wie die Primus-schule, die die Klassen eins bis zehn komplett umfasst.
- Der Offene Ganzttag in der Grundschule (OGS) wird zunehmend zur Regel. Umso wichtiger ist eine weitere Steigerung der Qualität seiner Bildungsangebote. Dies können wir erreichen, wenn die Schulen sich noch stärker als bisher mit den örtlichen Vereinen vernetzen und bürgerschaftliches Engagement, etwa von Senioren, unbürokratisch in das OGS-Leben integrieren.
- Wir wollen die Schulsozialarbeit unterstützen und uns vor allem dafür einsetzen, dass das Land hierbei seiner finanzieller Verantwortung gerecht wird.
- Nach dem auch von der FDP maßgeblich verantworteten Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, wollen wir den Fokus stärker auf die Qualität der Angebote richten. Wir wollen mit Elternzufriedenheitsbefragungen, Benchmarks und Best-Practice Veranstaltungen die Betreuungs- und insbesondere die Bildungsqualität in allen Kindertageseinrichtungen erhöhen.

- Wir wollen Elternschaft und Beruf durch umfassende Betreuungsangebote ermöglichen und einfacher gestalten. Nicht alle Eltern haben klassische Arbeitszeiten. Die Öffnungszeiten der Kitas sind daher zu flexibilisieren. Auch in den Schulferien sollen die Öffnungszeiten von Kitas ausgeweitet werden.
- Die FDP wird weiterhin ein Garant für Träger- und Angebotsvielfalt bei Kitas in Bielefeld sein, damit Eltern das Angebot auswählen können, das für ihr Kind das Beste ist. Bei der Schaffung neuer Angebote haben für die FDP Elterninitiativen und danach andere freie Träger Vorrang vor städtischen Angeboten. Dies entspricht einerseits unserem Ziel der Angebotsvielfalt und andererseits unserer Vorstellung einer Bürgergesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger durch ihr Engagement entscheiden.
- Die Elternbeiträge für vorschulische Angebote wollen wir konstant halten. Mit der FDP wird vor allem die Geschwisterregelung nicht aufgeweicht oder aufgehoben, damit nicht Familien mit vielen Kindern durch hohe Betreuungskosten unter die Armutsgrenze gedrückt werden.
- Die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege ist gleichwertig. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass auch privatgewerbliche Kindertagesstätten wie freie Träger bezuschusst werden.
- Wir fördern die Gründung von Betriebskindergärten. Sie bieten häufig eine besonders hohe Bildungsqualität und flexible Öffnungszeiten. Für Unternehmen sind sie ein Vorteil im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und sie helfen der Kommune, schneller für jedes Kind einen Platz zu schaffen.
- Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Standortfaktoren für Bielefeld. Sie bringen neue, neugierige und aktive Mitbürger in unsere Stadt und sichern hochqualifizierte Arbeitsplätze. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität vertiefen. Wir wollen optimale Rahmenbedingungen für unsere Forschungseinrichtungen schaffen und den Kontakt zwischen Unternehmen, Kultur und Wissenschaft ausbauen. Für Studentinnen und Studenten sorgen wir für ausreichenden preiswerteren Wohnraum und ein Kulturangebot, das auch ihren Bedürfnissen entspricht.
- Wir wollen, dass die Volkshochschule ihr Angebot auf Themen richtet, die nicht am Markt angeboten werden. Dienen die Angebote der Weiterbildung für ältere Menschen sollten diese gezielt, z.B. im Radio und in Zeitungen, beworben werden.

2. Wirtschaft

Die Herausforderung

In Bielefeld haben anteilig mehr Menschen keine Arbeit als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Die wirtschaftliche Dynamik unserer Stadt fällt im Vergleich mit anderen Städten zurück, einige Unternehmen haben unsere Stadt in den vergangenen Perioden verlassen. Weniger Kaufkraft und Chancen in Bielefeld sind die Folge. Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern Austausch mit Menschen, Teilhabe am gemeinsamen Leben und Quelle von Selbstvertrauen und Zutrauen in das eigene Handeln. Die

sozialste Politik ist daher die, die möglichst vielen Menschen die Chance gibt, einer eigenen Arbeit nachzugehen.

Untersuchungen haben gezeigt, dass die Attraktivität einer Stadt stark mit ihrer wirtschaftlichen Dynamik einhergeht. Städte mit überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum können mehr in Bildung, Soziales und Kultur investieren. Die FDP will Bielefeld auf einen langfristigen Wachstumspfad führen. Dies ist Dreh- und Angelpunkt unserer Politik, weil wir nur so Zukunft in unserer Stadt gestalten können.

Unser Kompass

Die soziale Marktwirtschaft bleibt die beste Grundlage für qualitatives Wachstum und mehr Wohlstand für alle. Keine Großorganisation oder Bürokratie kennt die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen besser als er selbst. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft auch die demokratischste aller Wirtschaftsformen. In ihr entscheiden nicht Politik und Verwaltung über das Angebot, das offeriert, produziert und angenommen wird, sondern der Einzelne als Verbraucher, Hersteller, Händler, Marktteilnehmer. Unsere Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft muss auch vor Ort verteidigt werden, z.B. wenn es um die Angebote städtischer Unternehmen geht.

Auch Städte und Standorte stehen in einem Wettbewerb. Diesen wollen wir annehmen und für ihn wollen wir Bielefeld fit machen. Wir wollen aus Bielefeld einen Standort machen, der in der ersten Liga deutscher Städte erfolgreich mitspielt. Als größte Stadt in OWL wollen wir die wirtschaftliche Verknüpfung mit unserer Region verstärken und unser Einzugsgebiet als Stärke für den nationalen Wettbewerb nutzen. Dies gilt für alle Wirtschaftszweige, insbesondere für den Einzelhandel. Eine lebendige Handelslandschaft ist neben der damit verbundenen Wirtschaftskraft ein zentraler Faktor für die Attraktivität urbanen Lebens. Vor allem der inhabergeführte Einzelhandel sorgt dabei für Einzigartigkeit und zeichnet die Innenstadt wie die Stadtbezirke aus.

Das Ziel, ein für Wirtschaft und Handel attraktiverer Ort zu werden, muss sich in allen Entscheidungen widerspiegeln. Dafür ist auch ein Kulturwandel in Teilen der Verwaltung notwendig. Die Stadt kann Anstöße in vielen Bereichen geben, etwa durch den Einsatz für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen. Weitere Standortfaktoren, wie z.B. eine solide Haushaltspolitik, eine optimale Verkehrsinfrastruktur, nutzerfreundliche Kinderbetreuungseinrichtungen oder attraktive Kulturangebote, sind auch Voraussetzungen für einen Wachstumskurs. Maßnahmen hierzu finden sich in den entsprechenden Programmkapiteln und verdeutlichen: Standortattraktivität ist eine Querschnittsaufgabe.

Unsere Maßnahmen

- Zur Standortsicherung bestehender Unternehmen und zur Neuansiedlung werden ausreichend Gewerbegebiete geschaffen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurden Dank der Initiative der FDP wieder große Gewerbeflächen ausgewiesen. Die starke Nachfrage nach den neuen Gebieten beweist, dass so Arbeitsplätze in Bielefeld entstehen. Wir streben die Ausweisung von zusätzlichen 100 ha in den nächsten sechs Jahren an, um mit anderen Städten konkurrenzfähig zu sein.

- Wir setzen uns für eine Steuerbremse ein und schließen die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer für die nächsten sechs Jahre aus. Damit und mit dem Abbau des Haushaltsdefizits geben wir Investoren Planungssicherheit, stoppen die Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen und sorgen dadurch für höhere städtische Einnahmen.
- Die Erfindung und Erhebung neuer Steuern durch die Stadt lehnen wir ab, weil sie zusätzliche Belastungen darstellen und den bürokratischen Aufwand nicht rechtfertigen. Betten-, Katzen- oder Pferdesteuern wird es in Bielefeld mit der FDP nicht geben.
- Wir wollen, dass Bielefeld entschiedener, deutlicher und wahrnehmbarer für die Errichtung einer eigenen medizinischen Fakultät kämpft. Diese von der FDP auf Landesebene vorangetriebene und von Rot-Grün ausgebremschte Infrastrukturinvestition holt Spitzenmedizin in unsere Stadt, macht unsere Kliniken wettbewerbsfähiger und stärkt in Kombination mit den bestehenden Fakultäten unsere Potenziale in Wissenschaft und Wirtschaft.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Bielefeld ein Max-Planck-oder Fraunhofer-Institut angesiedelt wird oder eine vergleichbare institutionalisierte Forschungsförderung zusätzlich initialisiert wird. Gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Hochschule wollen wir ein Konzept erarbeiten, wie und in welchem Fachbereich eine solche Ansiedlung vielversprechend ist und wie dies durchgesetzt werden kann.
- Wir fordern die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung durch eine grundlegende Reform der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft WEGE. Wirtschaftsförderung in Bielefeld braucht eine klare Strategie. Oberstes Ziel ist die Schaffung von Beschäftigung.
- Die Wirtschaftsförderung soll gezielt Branchen- und Länderschwerpunkte entwickeln, um im Standortwettbewerb attraktive Nischen zu besetzen.
- Wir wollen, dass die WEGE ihre Anstrengungen zur Förderung von Existenzgründungen deutlich verstärkt. Ein Schwerpunkt sollen dabei Hochschulausgründungen sein. Sondergebiete für Technologieunternehmen können dies unterstützen.
- Zweiter Schwerpunkt der gezielten Gründungsförderung sollen Gründungen durch BürgerInnen mit Migrationshintergrund sein. Hier hat Bielefeld ein hohes, noch ungenutztes Potenzial und hier können gezielte Beratungsangebote und ihre werbliche Kommunikation viel bewirken.
- Die WEGE braucht eine Vollzeitleitung. Die vakante Stelle des Geschäftsführers ist wieder zu besetzen.
- Die hervorragende Stellung Bielefelds als Wissenschaftsstandort sorgt für Nachschub von Ideen, Innovationen und qualifizierten Arbeitskräften. Die FDP will dazu beitragen, dass durch eine bessere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft die enormen Wachstumspotenziale stärker genutzt werden, z. B. durch den regelmäßigen Austausch von Wirtschaft, Politik und Hochschulen in einer Bielefelder Wissenschaftsrunde oder die Förderung von Existenzgründungs-Netzwerken.
- Bildung, Wissenschaft und Kultur sind Standort- und somit Wirtschaftsfaktoren, die es zu erhalten, zu fördern und auszubauen gilt. Hierfür sind neben Geldmitteln im Wesentlichen Freiräume und Selbstverantwortung erforderlich. Wir wollen uns daher dafür einsetzen, dass Po-

litik und Verwaltung, den Bürgern und Schaffenden aus Kultur, Wissenschaft und Bildung mehr zuhören und Impulse stärker aufnehmen.

- Die Stadt muss sich entschieden gegen die von der Landesregierung beabsichtigten Einschränkungen der Hochschulfreiheit einsetzen. Unter dem Deckmantel der Transparenz soll hier ein Kontrollangriff auf die Freiheit von Wissenschaft und Forschung stattfinden. Forschungsprojekte von Unternehmen und Bielefelder Hochschulen dürfen nicht durch übertriebene Offenlegungspflichten be- oder verhindert werden.
- Die FDP tritt dafür ein, dass städtische Unternehmen nicht über ihren ursprünglich festgelegten Bereich hinaus tätig werden, da hier die Gefahr besteht, private Unternehmen etwa durch Quersubventionierungen aus dem Markt zu drängen. Wir wollen daher alle Angebote von Stadtwerken, Umweltbetrieb, BGW und anderen städtischen Unternehmen auf solche Fälle prüfen und die unternehmerische Tätigkeit und die damit verbundenen Risiken, wenn angebracht, begrenzen. Die Stadt und ihre verantwortlichen Mitarbeiter und Politiker haften nicht persönlich. Auch aus diesem Grund ist die Stadt nicht der bessere Unternehmer; in der Wirtschaft muss gelten: Privat vor Staat.
- Wir befürworten einen Verkauf eines Teils der Wohnungen der BGW an die dort wohnenden Mieter. So kann die gegenwärtig günstige Zinslandschaft genutzt werden, um Mieter zu Eigentümern zu machen.
- Um mehr private Initiative und mehr privates Kapital in die Stadt zu holen, wollen wir auch Privatisierungsoptionen prüfen und, wo sinnvoll, wahrnehmen. Für Betriebe der elementaren Daseinsvorsorge wie z.B. die Wasserversorgung, schließen wir eine Privatisierung aus.
- Die Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung zu erhöhen, ist eine kontinuierliche Herausforderung. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Wirtschaftsförderung eine stärkere koordinierende Funktion z.B. bei ansiedlungsrelevanten Genehmigungsverfahren erhält. Alle Antragsverfahren sollen auf Beschleunigungsmöglichkeiten hin untersucht werden und unnötige Bürokratie wollen wir konsequent abbauen. Wir dürfen denjenigen, die etwas schaffen wollen, keine Steine in den Weg legen, sondern müssen ihnen den Weg ebnen, um den Wohlstand unserer Stadt zu sichern.
- Wir wollen mit einem Maßnahmenpaket „Bielefeld baut“ die private Bautätigkeit vor allem für den Wohnungs- und Einfamilienhausbau ankurbeln. Dafür sind Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, ungenutzte Flächen in Besitz der Stadt zu veräußern und Baugebiete vorzugsweise mit bestehender Verkehrsanbindung auszuweisen. Private Projektentwickler müssen die Möglichkeit bekommen, größere Areale zu planen. Junge Familien müssen in Bielefeld genügend Baumöglichkeiten finden.
- Dem inhabergeführten Einzelhandel gilt unser besonderes Augenmerk. Wir wollen die Werbegemeinschaften in den Stadtbezirken bei allen Entscheidungen stärker involvieren. Die von uns bekämpften Einschränkungen beim Ladenschluss müssen so z.B. alleine im Interesse des Handels gestaltet werden. Eine Mitsprache politischer Aktionsgruppen bei der Frage, wann Einzelhändler ihre Läden öffnen sollten, lehnen wir auch für die Zukunft ab. Bielefeld muss sich stärker gegen die vor allem für unsere Stadt mit seinen zahlreichen Nebenzentren nachteilige Regelung zu den Sonntagsöffnungen einsetzen.

- Das Land NRW schreibt mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz umfangreichste bürokratische Anforderungen an Unternehmen fest, die zur Teilnahme an einer Ausschreibung eingebracht werden müssen. Wir wollen, dass in Bielefeld dieses Gesetz so undogmatisch wie möglich angewendet wird. Zudem muss sich die Stadt auf Landesebene dafür stark machen, dass dieses mittelstandsfeindliche Gesetz zurückgenommen wird.
- Wir unterstützen die örtliche Gastronomie. Bars, Gaststätten, Cafés und Restaurants gehören zum städtischen Leben und sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir wollen weniger Vorschriften und mehr Freiheiten für die Wirte, wollen Außengastronomie großzügig ermöglichen und Biergartenzeiten ausweiten. Ein Verbot von Heizpilzen lehnen wir ab.

3. Haushalt und Verwaltung

Die Herausforderung

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben als man hat. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, dem alle vernünftigen Menschen auch in ihren privaten Angelegenheiten folgen. Das ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn es ist unanständig, künftigen Generationen hohe Schuldenberge zu hinterlassen. Bankrotte Städte im Ruhrgebiet zeigen, dass wir unsere Finanzen endlich enkelsicher machen müssen.

Bielefeld ist akut durch Überschuldung bedroht. Die Schulden sind so hoch, dass es uns das finanzielle Genick brechen wird, wenn die Zinsen für die Kredite, die bereits mehr als eine Milliarde Euro betragen, auch nur geringfügig steigen. Schulden führen so in die Abhängigkeit und zum Verlust von Gestaltungsfreiheit. Hauptursache für diesen bedrohlichen Schuldenberg ist, dass Bund und Land den Kommunen Pflichtaufgaben übertragen haben, ohne sie mit dem dafür notwendigen Geld zu versorgen. Allerdings wurde in der Vergangenheit auch leichtfertig zu viel Geld ausgegeben. Zudem hemmt die Wachstumsschwäche unserer Stadt Zuwächse auf der Einnahmeseite.

Unser Kompass

Liberaler Kommunalpolitik ist Entschuldungspolitik. Wir wollen die Handlungsfreiheit für die Stadt und die zukünftigen Generationen erhalten. Wir sanieren daher Haushalte durch Sparen, also durch weniger Ausgaben. Wir erhöhen Einnahmen durch wirtschaftsfreundliche Politik, die Arbeitsplätze schafft, und setzen nicht auf Steuer- oder Abgabenerhöhungen. Gleichzeitig senken wir so unsere Sozialausgaben. Denn wo es mehr Arbeitsplätze gibt, erhöhen sich die Einnahmen, sinken die Ausgaben und eine positive Wachstumsspirale kommt in Gang.

Wir können vor Ort nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist. Ohne die FDP als Kraft der Vernunft und nüchterner Kassenwart wird durch die Politik das Geld schneller für neue Projekte ausgegeben, als es selbst bei sehr gutem Wachstum erwirtschaftet werden kann. Wir drängen daher auf Bescheidenheit bei neuen öffentlichen Ausgaben. Senkungen der bestehenden Ausgaben sehen wir vor allem in der Verwaltung. Sozialleistungen und die Ausgaben für Kultur wollen wir stabil halten und Prioritäten bei allen Maßnahmen setzen, die Bildung und Arbeit schaffen.

Unsere Maßnahmen

- Wir wollen im Rat der Stadt Bielefeld eine Schuldenbremse verabschieden, die den Willen dokumentiert, bis zum Ende der nächsten Ratsperiode, also 2020, das Defizit vollständig abgebaut zu haben.
- Ein Weg zum Schuldenabbau führt über überdurchschnittliches Wachstum. Die im Kapitel Wirtschaft beschriebenen Maßnahmen sind damit auch Mittel zur Besserung der Haushaltslage.
- Wir wollen Deutschlands modernste Verwaltung schaffen. Eine hochmotivierte, überparteiliche, gut ausgebildete und ausgestattete Verwaltung ist ein wichtiger Standortvorteil. Durch einen intensiven Vergleich mit anderen Städten und Untersuchungen durch das Gemeindeprüfungsamt oder andere Externe sollen Verbesserungsmöglichkeiten in den Verwaltungsabläufen gefunden werden. Abgeleitete Maßnahmen sind dann zügig umzusetzen.
- Eine Analyse, welche Arbeiten in der Verwaltung entbehrlich sind, da sie keinen Bürgernutzen stiften, ist Ausgangspunkt der Verwaltungsmodernisierung. Bis diese Leistungen identifiziert sind, befürworten wir einen Einstellungsstopp in der Verwaltung in Verbindung mit einem internen Personalmanagement. So können auch kurzfristig wirksame Einsparpotenziale schnell realisiert werden. Wir wollen bei der Verschlankung der Verwaltungsabläufe ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen.
- EDV-Systeme, die in der Verwaltung eingesetzt werden (z.B. SAP), sind z.T. durch spezifisch für Bielefeld vorgenommene Sonderprogrammierungen nicht mehr handhabbar. Wir wollen, dass die Effizienzpotentiale der Software genutzt werden und setzen uns für eine starke Rücknahme dieser Sonderprogrammierungen ein. Schlankere, einfachere Prozesse und geringere Systemkosten sind die Folgen.
- Das betriebliche Vorschlagswesen soll in Verwaltung und städtischen Betrieben ausgebaut werden.
- Wir wollen die Verwaltungsstruktur erheblich vereinfachen. Hierzu gehören der Abbau von Doppelzuständigkeiten und die Zusammenlegung von Ämtern. Unnötiges Berichtswesen und vermeidbare bürokratische Prozesse wollen wir abschaffen.
- Bielefeld leistet sich zu viel Verwaltung und zu viele Bezirke. Wir wollen daher die Zahl der Stadtbezirke und Bezirksvertretungen von zehn auf vier verringern. Diese Vertretungen sollen dann aber auch mehr Entscheidungsautonomie erhalten.
- Jeder Ausschuss erzeugt Kosten nicht nur durch die Aufwandsentschädigungen für die Ausschussmitglieder sondern auch durch Verwaltungskapazitäten, die gebunden werden. Unterbeschäftigte Ausschüsse suchen sich zudem neue, zumeist ausgabenwirksame Betätigungsfelder. Wir setzen uns für eine Verringerung der Anzahl der Ausschüsse ein. So ist der Umweltausschuss eher aus parteitaktischen Proporzüberlegungen aus dem Stadtentwicklungsausschuss herausgelöst worden, wir wollen eine Wiederezusammenführung anstreben.
- Um die Verwaltung bürgernäher und einfacher zu machen, sollen mehr Verwaltungsprozesse über das Internet zu erledigen sein.

- Wir wollen mit einer „Open Government“-Initiative das gläserne Rathaus schaffen und mehr Transparenz und Teilhabe ermöglichen. Ratssitzungen sollen im Internet übertragen werden. Das Informationsfreiheitsgesetz NRW soll proaktiv angewendet werden. Dokumente zum Verwaltungshandeln sollen, wenn keine der gesetzlich fixierten Gründe dagegen sprechen, grundsätzlich über das Internet für jeden abrufbar sein. Es ist grundsätzlich die geringstmögliche Gebühr bei Informationsgesuchen anzusetzen.
- Die FDP fordert die Privatisierung städtischer Gesellschaften, wenn die Leistung den Bürgern durch private Unternehmen besser oder in gleicher Qualität zur Verfügung gestellt werden kann. Dies ist ein wichtiger Weg für Bielefeld, den Haushalt langfristig in den Griff zu bekommen, sofern die Verkaufserlöse für den Schuldenabbau verwendet werden. Durch Privatisierungen werden auch zusätzlich unnötige Risiken vom Steuerzahler ferngehalten, die ein unternehmerisches Engagement stets mit einschließt. Immer häufiger kommt es zu einem „Wildwuchs“ städtischer Gesellschaften und Beteiligungen, über die niemand mehr den Überblick hat. Die FDP fordert deshalb, diese Gesellschaften und Beteiligungen auf den Prüfstand zu stellen und zu ermitteln, ob sie für die öffentliche Daseinsvorsorge zwingend benötigt werden.
- Bei Unternehmen, an denen die Stadt maßgeblich beteiligt ist und die verlustbringend sind, wollen wir in den Geschäftsplänen auf einen verpflichtenden Pfad zur „schwarzen Null“ drängen.
- Wir wollen, dass mehr Leistungen, die derzeit intern erbracht werden, ausgeschrieben werden. Die Ausschreibebedingungen sollen sicherstellen, dass auch kleinere Bielefelder Unternehmen eine Chance auf Berücksichtigung haben. Die durch den Einstellungsstopp entfallene Kapazität bei der Raumpflege kann so z.B. nach und nach durch private Reinigungsunternehmen ausgefüllt werden. Wenn kein Unternehmen mehr eigene Raumpflegeträger unterhält, ist dies auch für die Stadtverwaltung nicht anzuraten.
- Auf Bundes- und Landesebene setzt sich die FDP für eine Gemeindefinanzreform mit Abschaffung der konjunkturempfindlichen und völlig unkalkulierbaren Gewerbesteuer ein. Zum Ausgleich soll die Gewerbesteuer durch eine Kommunalsteuer mit einem eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer ersetzt werden. Dieses Gemeindefinanzierungsmodell schafft eine höhere Stabilität der Einnahmen und führt zudem zu einer größeren Aufmerksamkeit der Bürger für die kommunalen Haushalte. Bielefeld soll sich als Stadt für dieses Modell einsetzen.

4. Soziales und Gesundheit

Die Herausforderung

Bielefeld ist eine soziale Stadt. Trotz angespannter Haushaltslage müssen wir unser hohes Leistungsniveau im sozialen Bereich verteidigen und für die Zukunft sichern. Traditionelle Bindungen in Solidargemeinschaften nehmen in der Gesellschaft ab, die Lebenserwartung steigt und weniger Jüngere sind da, um z.B. Betreuungsaufgaben zu übernehmen. Die Anforderungen an soziale Leistungen durch Stadt und Staat werden daher tendenziell zunehmen.

Unser Kompass

Wir Liberale nehmen unsere Verantwortung für diejenigen, die auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind, ernst. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder immer neue Chancen zum Aufstieg bekommt. Fördern und Fordern sind dabei unsere Leitlinien, um auch den sozial Schwachen ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Verantwortung zu ermöglichen. Wer nicht für sich selbst sorgen kann, für den sorgt die Gemeinschaft. Dabei setzt die FDP auch auf das soziale Engagement der Bürger und Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen Vereinen, freien Trägern und anderen kleinen Einheiten den Vorzug geben vor städtischen Angeboten, weil wir an die Kraft und die Kreativität dieser Organisationsformen glauben. Die besten sozialen Maßnahmen sind Bildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine Politik, die diese beiden Themenschwerpunkte setzt, liefert vielleicht nicht die beste soziale Rhetorik, aber erzeugt die besten sozialen Ergebnisse.

Unsere Maßnahmen:

- Alle sozialen Angebote und die Prozesse in der Sozialverwaltung wollen wir systematisch erfassen, analysieren und vereinfachen. Doppelzuständigkeiten, Parallelarbeiten, Zugangsschwierigkeiten usw. wollen wir abbauen. Auch bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben können Prozesse verschlankt und Bürokratie abgebaut werden, ohne dass die Hilfeleistung für Bedürftige eingeschränkt wird.
- Soziale Angebote, die freie Träger durchführen können, sollen konsequent und transparent ausgeschrieben werden. Sozialverbände sollen Vorrang vor der Selbsterbringung durch die Stadt haben. Die Kompetenz der Sozialverbände wollen wir stärker in den inhaltlichen Austausch mit der Sozialverwaltung bringen. Die Vergabe soll transparent und nach klaren Regeln erfolgen. Auf eine ausreichende Vielfalt unterschiedlicher Träger ist dabei zu achten.
- Bei den freiwilligen Leistungen der Stadt wollen wir auf die Formulierung überprüfbarer Ziele durch die Verwaltung drängen, um den Erfolg von Maßnahmen beurteilen zu können.
- Wir wollen, dass Kinderbetreuungsleistungen z.B. in der OGS, nicht ideologie- und politiknah erfolgen. Die Träger sollen mit Hilfe eines Kodex zur politischen Neutralität verpflichtet werden.
- Wir setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Verbände ein. Neben den Betreuungseinrichtungen bieten sie pädagogisch sinnvolle Freizeitangebote an und leisten insbesondere in Vierteln mit erhöhtem Entwicklungsbedarf unverzichtbare Beiträge zur Integration.
- Kinderschutz hat für die FDP höchste Priorität. Wir setzen auf Willkommensbesuche von Familienhebammen und ehrenamtliche Patenschaften. Die FDP unterstützt ferner den weiteren Ausbau der Hilfen zur Erziehung, also die Unterstützung von Familien bei der Erziehung ihrer Kinder. Wir wollen, dass die Familien selbst ihren Kindern die Sicherheit und verlässlichen Strukturen geben, die sie brauchen. Wir unterstützen sie mit niedrigschwelligen Angeboten der Familienbildung und -beratung und individuellen Hilfen zur Erziehung, um Krisen zu überwinden. Wichtig sind hier insbesondere die Familienzentren, die alle Hilfsangebote an einer Kindertagesstätte bündeln und leicht erreichbar machen.

- Wir unterstützen ein konsequentes Vorgehen gegen Schulschwänzer. Unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht legt häufig den Grundstein für ein Verlassen der Schule ohne Abschluss und eine Karriere in den Sozialsystemen.
- Wir haben mehr funktionale Analphabeten in Bielefeld als wir glauben. Diesen Menschen, die kaum lesen und schreiben können, bleiben viele Chancen versagt. Jede Kommune ist von dieser Problematik betroffen. Wir setzen uns für einen Pakt von Schulen, Volkshochschulen, Betrieben und Sozialämtern ein, um gemeinsam funktionalen Analphabetismus beständig und nachhaltig zu bekämpfen. Migrant*innen sind eine Zielgruppe, die verstärkt in den Fokus genommen werden soll.
- Die Stadtplanung muss auch darauf ausgerichtet sein, örtliche Zentrierung sozialer Problemlagen zu vermeiden. Stadtteile mit erhöhtem Entwicklungsbedarf sind besonders zu fördern.
- Bezahlbarer Wohnraum wird in Bielefeld knapper. Eine „Mietpreisbremse“ oder eine Zweckentfremdungssatzung sind ungeeignet, um dieses Problem zu lösen, da sie den Bau und die Vermietung von Wohnungen unattraktiver machen. Es werden nicht mehr, sondern weniger neue Wohnungen gebaut, und die Mieten werden dadurch langfristig noch mehr in die Höhe getrieben. Wir setzen auf die schnelle Ausweisung neuen Baulandes und auf Bürokratieabbau bei Baugenehmigungen.
- Die städtische Wohnungsgesellschaft BGW soll sich auf den Bau von Wohnungen konzentrieren und dabei auf einen guten Mix sozialer Schichten in den Wohnhäusern und Quartieren achten.
- Als seniorenfreundliche Stadt setzt sich Bielefeld dafür ein, dass bei Filialschließungen durch die Sparkasse ein mobiler Dienst erhalten bleibt, der die Nachversorgung sicherstellt.
- Die Entwicklungsgesellschaft REGE soll sich gezielt um die Einbindung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt bemühen.
- Wir wollen eine Auswertung, Aktualisierung und Fortschreibung des kommunalen Handlungsprogramms zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen. Dieses zwischen 2002 und 2004 beschlossene Programm für die Bereiche Soziales, Wohnen, Gesundheit und Jugend ist ein vom Rat beschlossenes Maßnahmenpaket und sollte zunächst umfassend analysiert werden. Dabei ist zu untersuchen, welche Aktivitäten durchgeführt wurden, welche nicht und warum nicht. Zugleich haben sich neue Handlungsfelder ergeben, andere sind weniger bedeutend geworden. Auf Basis dieser Analyse ist das Handlungsprogramm zu aktualisieren und umzusetzen.
- Es gibt in Bielefeld eine Vielzahl an freien Hilfs-, Beratungs- und Betreuungsinstitutionen von schwul-lesbischen Vereinen und Initiativen. Für diese und für die effektive Umsetzung des Maßnahmenprogramms wollen wir eine(n) Ansprechpartner(in) innerhalb der Stadtverwaltung benennen, der/die alle Aktivitäten zur Gleichstellung Homosexueller koordiniert und dadurch verstetigt. Ohne dass jemand verantwortlich ist, versanden Initiativen und Aktivitäten. Voraussetzung ist, dass der Personaletat nicht erhöht, sondern die notwendige Kapazität durch Aufgabenreduktion an anderer Stelle geschaffen wird.
- Der schwul-lesbische Jugendtreff „Café farbenfroh“ ist ein wichtiges, ehrenamtlich organisiertes Angebot. Wir wollen uns dafür einsetzen, dieser Initiative einen festen Treffpunkt in

einem städtischen Gebäude zu geben. Auch andere Initiativen wie SchLAu wollen wir bedarfsgerecht und pragmatisch unterstützen.

- Wir wollen, dass die Stadt ihre Anstrengungen im Bereich des umfassenden Impfschutzes für Kinder verstärkt. Masern sind eine gefährliche Krankheit, vor der unter Einjährige nicht komplett geschützt sind. Ein Masernausbruch könnte daher vor allem für die ganz Kleinen dramatische Folgen haben. Der Impfstand ist gezielt je Kita und Schule zu erheben. Bei der Anmeldung zu einer Kita, die auch unter Einjährige betreut, ist daher von den Eltern eine fehlende Masernimpfung anzugeben. In einem Beratungsgespräch mit dem Gesundheitsamt kann dann über Vor- und Nachteile der Impfung informiert werden.
- In der Behandlung alter Menschen in der stationären Pflege zeigt sich der Anspruch von Menschenwürde in einer Gesellschaft. Die FDP wird sich darum für eine effektive Kontrolle von städtischen und privaten Heimen einsetzen und gegen Pflegemissbrauch vorgehen.
- Wie alle sozialen Einrichtungen sollen auch die Einrichtungen zur Drogenhilfe umfassend auf ihre Zielerfüllung untersucht werden. Ein selbstbestimmtes Leben ohne Sucht muss das wichtigste Ziel der Drogenarbeit sein.

5. Kultur

Die Herausforderung

Überall, wo Menschen zusammen sind, ist auch Kultur. Wo Stadt ist, ist auch Kultur. Trotzdem ist nicht gleich jede Stadt auch eine Kulturstadt. Erst wenn sich die Bürger einer Stadt ihrer Kultur bewusst sind, diese bewusst annehmen, unbedingt erhalten, fördern und den Freiraum zur Weiterentwicklung geben wollen, geben sie der Stadt eine Chance, Kulturstadt zu werden.

Kultur ist mehr als ein weicher Standortfaktor. Wir wollen den Kulturraum Bielefelds begreifbar machen: von innen als Lebenswelt, von außen für Tourismus und Kulturinteressierte. Kultur stiftet Identität, trägt zu Verständnis, Respekt und Toleranz gegenüber anderen Kulturen bei und fördert Kommunikation in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist Quelle der Inspiration und der Innovation und damit Grundlage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Kunst und Kultur stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und wirken ein auf die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften. Dies gilt insbesondere für junge Firmen der Kommunikationswirtschaft, die oft selbst in der Nähe zum Künstlerisch-Kreativen arbeiten.

Die Kultur gilt es aber auch zu fördern und weiter zu entwickeln, um damit Bildung zu fördern, denn erst durch Kultur wird Wissen zur Bildung.

Unser Kompass

Kunst und Kultur sind Bindeglieder unserer Gesellschaft und wichtiger Motor für Innovation und Entwicklung in unserer Stadt. Wir wollen daher die Ausgaben für Kulturförderung konstant halten und von Einsparungen ausnehmen. Wir setzen uns für flächendeckende kulturelle Angebote für Musik, Theater und bildende Kunst ebenso ein, wie für den Erhalt von örtlichen Museen oder der Pflege

bestehender Stadtzeichen. Dabei setzen wir auf die ausgewogene Förderung von freier und etablierter Szene sowie soziokultureller Zentren.

Der Kulturentwicklungsplan bildet die Grundlage für eine inhaltlich koordinierte Kulturpolitik in Bielefeld. Er kann mit der Erfassung und Auflistung von Kultureinrichtungen der etablierten und freien Szene nur der Anfang für zukünftiges Tun und Handeln sein. Grundsätzlich wehrt sich die FDP Bielefeld gegen einen zu großen gesellschaftspolitischen Impetus und kulturpädagogischen Elan des öffentlichen Kulturbetriebs, der sich oft angebotsorientiert und nicht nachfrageorientiert geriert („Welche Kultur wollen die Bürger?“ nicht „Welches Angebot ist für die Bürger die richtige Kultur?“). Kultur kann nicht durch die Verwaltung geplant werden, sondern braucht genügend Freiraum, um sich zu entwickeln. Die Freiheit der Kunst werden wir entschlossen verteidigen. Jeder Form von Zensur oder Beeinflussung künstlerischer Entfaltung stellen wir uns entgegen.

Unsere Maßnahmen

- Die FDP bekennt sich zu allen drei künstlerischen Sparten der städtischen Bühnen und Orchester. Die FDP sieht in der Kunsthalle und der Konzerthalle Institution mit nationaler und internationaler Bedeutung und Leuchtturmwirkung für die gesamte Stadt. Diese müssen langfristig ausreichend finanziell und personell ausgestattet werden.
- Wir unterstützen nachdrücklich die Initiative zur Umsetzung eines Erweiterungsbaus der Kunsthalle.
- Die Bielefelder FDP setzt sich für eine Neuaufstellung des Kulturamtes ein. So soll es nicht mehr als eigener Veranstalter auftreten, wo dies andere, freie Träger übernehmen können (Wackelpeter, Tanzfestival). Das Kulturamt, in seiner quasi neutralen Position mit strategischer Querschnittsaufgabe, soll Kulturbetriebe koordinieren und vernetzen (Kulturnavigator auf der Webseite zeigt auch freie Kulturträger und Galerien) und bei gemeinsamer Zielsetzung (Kinderkulturarbeit) die Führung übernehmen.
- Die bisherige Praxis der städtischen Kulturförderung ist intransparent, unflexibel und inhaltlich unkoordiniert. Die breite Streuung von Fördergeldern führt nicht unbedingt zu höherer Qualität und Professionalität. Wir setzen uns für die Einrichtung einer zentralen Koordination der Kulturförderung ein, die im Kulturamt anzusiedeln ist. Förderkriterien und Förderrichtlinien sind zu entwickeln und transparent für Förderkunden darzustellen. Dabei dürfen verwaltungstechnischer und bürokratischer Aufwand nicht ausufern. Anzustreben sind Festbetragsfinanzierungen anstelle der üblichen Anteilsförderung. Im Sinne der Planungssicherheit sind mehrjährige Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zu favorisieren.
- Die FDP Bielefeld tritt dafür ein, die Eventkultur zu fördern und Bielefeld als Austragungsort wichtiger Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung zu profilieren, z.B. Manifesta für zeitgenössische Kunst.
- Wir wollen das Konzept für eine ernsthafte Bewerbung als „Kulturhauptstadt Europas“ erarbeiten. Im Sinne einer Machbarkeitsstudie sollen die Anforderungen und die Umsetzbarkeit einer solchen Bewerbung ausgelotet werden.
- In Zeiten angespannter Finanzen müssen vermehrt Public Private Partnership Projekte geschlossen werden. Die FDP Bielefeld wird sich weiter auf Landesebene dafür einsetzen, dass

stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen entwickelt werden, die Anreize für Unternehmen und Privatpersonen setzen, Kultureinrichtungen zu unterstützen. Auch in unserer Kommune wollen wir „Stifter“ ermutigen, als Kulturmäzene zu wirken. Die Interessen privater Spender müssen besser beachtet werden. Ein Mäzenenbeauftragter soll kontinuierlichen Kontakt halten und die Interessen der Mäzene wahren und vertreten. Des Weiteren setzen wir uns in bestimmten Bereichen für den Einsatz der Matching Funds Methode ein, die die Auslobung öffentlicher Mittel untrennbar mit dem Einwerben privater Mittel in einer bestimmten Höhe verbindet.

- Wir wollen ein Entwicklungskonzept für die kulturelle Bildung entwickeln, das die Kooperation zwischen Kulturamt, Bildungsbüro und Jugendamt vorsieht und bisherige Strukturen, unter Einbeziehung der Freien Szene, anbindet. Wir wollen insbesondere die Bielefelder Kinder und Jugendlichen durch die Begegnung mit Kunst und Künstlern aller Sparten in ihrer individuellen Entwicklung fördern. Kulturelle Institutionen sind deshalb stärker in das Programm von Ganztagschulen/OGS einzubinden. Wir fördern die Stadtbibliothek und die Volkshochschule als bedeutende Bildungszentren für alle Bevölkerungsgruppen in jedem Alter.
- Wir wollen die Bielefelder Kultur mehr in den Fokus des Stadtmarketings rücken und setzen uns für den Aufbau des Kulturmarketings ein, um die regional und überregionale Wahrnehmung des Kulturraumes Bielefeld zu verbessern und die Stadt als Kulturstandort für den Tourismus und als attraktiven Wohn- und Lebensraum zu profilieren. Grundsätzlich wollen wir für Bielefeld ein schärferes kulturelles Profil entwickeln. Die Vernetzungsinitiative Bielefelder Museen im Rahmen des Stadtjubiläums ist ein positiver Schritt und sollte ausgebaut und durch das Stadtmarketing begleitet werden.
- Die städtische Kulturförderung sollte vermehrt Aspekte der Stadtentwicklung berücksichtigen. Wir setzen uns für die inhaltliche und örtliche Bündelung der Museen ein, um die Attraktivität für Besucher zu erhöhen. So könnten ein „historisches“ Museumszentrum im Ravensberger Park, ein „Kunstzentrum“ um die Kunsthalle herum, und ein biologisch-ökologisches Zentrum mit Botanischem Garten, Bauernhausmuseum und Zoologischem Garten, entstehen. Museale Wege und kulturelle Leitsysteme, gemeinsame Ausstellungskonzepte und zentrales Veranstaltungsmanagement werden dann zu einer höheren Attraktivität führen.
- Wir wollen die freie Szene fördern, indem wir in der Vermarktung eine Plattform bieten, wie es sie für die etablierten Einrichtungen ebenfalls gibt. Im Stadtmarketing müssen möglichst alle Kultureinrichtungen gleichberechtigt für Bielefelder und externe Interessenten zu finden sein. Da nicht alle Einrichtungen die gleiche wirtschaftliche und personelle Basis haben können, sind hier ausgewogene Unterstützungen erforderlich.
- Der jährlich stattfindende und selbstorganisierte Bielefelder Christopher Street Day soll stärker als Kulturevent mit gesamtstädtischer Bedeutung bewertet und auch vermarktet werden. Bielefeld Marketing kann sich hier umfassender einbringen. Wir wollen dafür werben, dass die Unterstützung des CSD noch breiter wird und auf alle gesellschaftlichen Akteure in der Stadt zugehen, um für Beteiligung zu werben.
- Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiges Wirtschaftsfeld der Stadt Bielefeld. 8,2 % aller Bielefelder Unternehmen gehören in diesen Bereich. Wir wollen diesen Wirtschaftszweig unterstützen, indem wir verwaltungs- und einrichtungsübergreifend Leitlinien zur systematischen und nachhaltigen Stärkung der Branche entwickeln.

- Wir wollen die Kultur auch in den Stadtteilen fördern. Auch hier sind städtische Zuschüsse auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.
- Transparenz im Bereich des Kultursponsorings durch kommunale Unternehmen ist durch öffentliche Sponsoringberichte zu gewährleisten, in denen Sponsor und Gesponserte mit den jeweiligen Zuwendungen aufgeführt werden.
- Ehrenamtliches Engagement gerade im Kulturbereich wollen wir fördern und dafür gezielt werben.
- Als Oberzentrum erfüllt Bielefeld viele kulturelle Funktionen in der Region. Durch Kooperationen mit Kulturinstitutionen in anderen Städten in OWL kann gemeinsam oft mehr erreicht werden. Wir wollen solche Kooperationen von Kulturträgern anregen und fördern.

6. Stadtentwicklung

Die Herausforderung

Bielefeld ist eine Großstadt und das Oberzentrum in Ostwestfalen. Die städtische Infrastruktur ist hieran auszurichten. Es gibt einen Trend in die Stadt, den Bielefeld bislang nicht optimal genutzt hat. Die Stadt muss unterschiedlichsten Nutzer- und Einwohnergruppen gerecht werden. Die bauliche Gestaltung entscheidet dabei wesentlich über die Attraktivität. Um mit anderen Städten im Wettbewerb zu bestehen, müssen wir zu einer wachsenden Stadt werden. Bielefeld profitiert insbesondere von der herrlichen Lage am Teutoburger Wald. Diesen gilt es zu schützen und zu nutzen. In Bielefeld fehlen aber auch Wasserflächen zur Naherholung. Im Interesse der heimischen Wirtschaft müssen wir für eine exzellente Verkehrsinfrastruktur Sorge tragen und bereits heute der zukünftig steigenden Verkehrsmenge begegnen.

Unser Kompass

Wir wollen Menschen Raum für ihre Ideen geben, damit sie diese im Interesse der gesamten Stadt verwirklichen können. Die uns zur Verfügung stehenden Flächen sind begrenzt. Privaten Nutzungen wollen wir dabei Vorrang einräumen. Zukunftsorientierte Projekte wollen wir daher bürgernah verfolgen. Wir glauben an die Kraft des Fortschrittes und sind daher eher zukunftsbejahend denn zukunftskeptisch.

Die FDP verfolgt eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen im Blickfeld hat und ohne Ideologie berücksichtigt. Unser Ziel ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger Verkehr wieder mit Bewegung gleichsetzen. Wir setzen auf Maßnahmen, die geeignet sind, Stau, Zeitverlust, Stress und aggressives Verkehrsverhalten zu vermeiden.

Unsere Maßnahmen

- Auch weiterhin müssen in Bielefeld neue Gewerbegebiete geschaffen werden. Wir halten weitere 100 ha in den nächsten sechs Jahren für notwendig, um für Bielefeld dringend benö-

tigte Gewerbesteuereinnahmen zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Erschließungskosten neuer Gewerbeflächen müssen deutlich reduziert werden, damit der Flächenpreis keine Investitionshemmnis wird.

- Wir halten dabei die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete nur dann für sinnvoll, wenn die zu schaffenden Arbeitsplätze auch von Bielefeldern sinnvoll eingenommen werden können. Eine Beteiligung an sehr weit vom Stadtgebiet entfernten Standorten ist für Bielefeld nicht attraktiv.
- Wir wollen Bielefeld mit neuen Wohngebieten auf steigende Einwohnerzahlen vorbereiten und Mietsteigerung durch Angebotserhöhung verhindern. Die Entwicklung neuer Wohngebiete in Bielefeld ist in ein Gesamtkonzept einzufügen. Wohnraum muss für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar sein. Zugleich brauchen wir ein gutes Angebot hochwertiger Wohngebiete. Neue Wohngebiete bedingen die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Kindertagesstätten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten). Wegen des zunehmenden Wunsches der Menschen, stadtnah zu wohnen, wollen wir neue Gebiete im Außenbereich auf Abrundungen bestehender Wohngebiete fokussieren.
- Die Möglichkeit der neuen Überplanung von Konversionsflächen auf Bielefelder Stadtgebiet bietet besondere Chancen, die es zu nutzen gilt. Es ist zu prüfen, wo neue Gewerbegebiete sinnvoll sind. Darüber hinaus streben wir insbesondere die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum an. Dabei darf es nicht zu Ghettoisierung kommen. Wir wollen möglichst vielen Bevölkerungsgruppen die Chance zur Eigentumsbildung eröffnen.
- Die Entwicklung der Wilhelmstraße ist zur Anbindung des Kesselbrinks an die Innenstadt voranzutreiben. Wir favorisieren einen ausgewogenen Mix aus Wohnbebauung und Einzelhandel.
- Zum Untersee streben wir eine endgültige Entscheidung in der kommenden Ratsperiode an. Wir wollen zunächst mit den engagierten Projektinteressierten einen konkreten Plan zur Realisierung dieses Projektes ausarbeiten. In der zweiten Hälfte der kommenden Ratsperiode wollen wir diesen Plan dann den Bielefelder Bürgern zur Entscheidung in einem Bürgerentscheid vorlegen.
- Wir wollen das Einzelhandelskonzept überarbeiten und mit den Nachbarstädten fundiert besprechen. Ziel ist die Stärkung der Innenstadt und der Einkaufsstraßen der Außenbezirke.
- Die FDP begrüßt das private Engagement der ECE-Gruppe und wertet dies als klares Bekenntnis zur Attraktivität des Einzelhandelsstandortes Bielefeld. Wichtig ist uns eine gute Einbindung eines Shopping-Centers in den Rest der Innenstadt. Wir glauben, dass die Interessensgegensätze über städtebauliche Verträge am besten zu einem guten Kompromiss finden werden.
- Wir wollen die Aufenthaltsqualität in Bielefeld verbessern. Wo möglich, wollen wir die bestehenden Grünflächen aufwerten.
- Eine gezielte Vernichtung von Parkplätzen aus ideologischen Gründen lehnen wir ab. In Quartieren mit starker Parkplatzunterversorgung wollen wir genau prüfen, ob nicht doch zusätzliche Parkplätze geschaffen werden können.
- Für das Gebiet Brake West fordern wir eine Fertigstellung der Umgehung.

- Der Lückenschluss der A33 ist auch in Bielefelder Interesse. Wir unterstützen daher die Initiativen im Kreis Gütersloh, die den Druck auf entscheidende und durchführende Stellen aufrechterhalten.
- Wir streben einen vierspurigen Ausbau der B61 nach Gütersloh an, um beide Städte besser miteinander zu verbinden.
- Angesichts des zunehmenden Fernverkehrs vor allem in Ost-West-Richtung droht eine Überlastung der A2. Wir wollen, dass sich die Stadt Bielefeld für einen achtspurigen Ausbau dieser für uns zentralen Verkehrsachse von Hannover bis zum Ruhrgebiet stark macht.
- Wir wollen keine flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf allen Straßen im Stadtgebiet, sondern weiterhin eine gefahrenbezogene Differenzierung bei Geschwindigkeitsbegrenzungen.
- Wir lehnen die Erhebung einer Citymaut entschieden ab, da sie den Handel schwächt, sozial ausgrenzt, eine zusätzliche Belastung für die Mitte der Gesellschaft bedeutet und zusätzliche Bürokratie verursacht.
- Menschen ohne Auto sind auf ein bedarfsgerechtes Angebot im öffentlichen Nahverkehr und ein gutes Radwegenetz angewiesen. Dies stellen wir sicher.
- Fernbuslinien sind ein zunehmend beliebteres Verkehrsmittel. Wir wollen, dass Bielefeld gut an die neu entstehenden Fernbuslinien angebunden ist. Bedingung hierfür ist ein schnell erreichbarer und komfortabel ausgebauter Fernbusbahnhof. Die derzeitige Lösung in Brackwede ist nicht zufriedenstellend. Wir setzen uns dafür ein, die Endhaltestelle Sieker als Fernbusbahnhof zu prüfen.
- Die FDP will allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Schwächere, Hilfsbedürftige und Menschen mit Behinderung. Dies bedeutet u. a., dass sich auch Menschen mit Behinderung uneingeschränkt mobil bewegen können. Wir wollen daher mit den Behindertenvertretern und anderen Beteiligten ein Maßnahmenpaket Barrierefreiheit erstellen, das in einen konkreten Aktionsplan mündet. Zudem sollen Menschen mit Behinderung noch mehr als bisher an Planungen beteiligt werden.
- Wir fordern ein Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen bei der Stadtgestaltung. Wir wollen anlassbezogen Projekte zu Kinder- und Jugendforen durch freie Träger initiieren. Die Kinder- und Jugendforen sollen ein Initiativrecht im Jugendhilfeausschuss der Stadt Bielefeld erhalten: Ihre Anregungen, Fragen und Forderungen werden in den Sitzungen beraten und diskutiert. Die Schülervertretungen erhalten ebenso dieses Initiativrecht im Schul- bzw. im Jugendhilfeausschuss.

7. Umwelt

Die Herausforderung

Wir wollen unsere natürlichen Ressourcen schützen. Dabei müssen wir uns stets um eine ausgewogene Balance zwischen Natur- und Umweltschutz und dem Interesse des Menschen an Naturerleben und Schaffung von Infrastruktur bemühen. Als Großstadt hat Bielefeld andere Funktionen im Raum wahrzunehmen, als ländliche Gemeinden, z.B. als Konzentrationspunkt die Zersiedlung der Landschaft zu vermeiden.

Unser Kompass

Liberalen sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Bei den Herausforderungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen setzen die Liberalen auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, um einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt zu ermöglichen. Die Lösung globaler Umweltprobleme, wie zum Beispiel der Klimaschutz, ist dort in Angriff zu nehmen, wo mit den vorhandenen Mitteln das Meiste erreicht werden kann. Symbolpolitik ohne echten nachhaltigen Nutzen für die Umwelt wollen wir vermeiden. Ein umweltgerechtes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenem Verantwortungsbewusstseins bringt langfristig häufig mehr als eine reine Verbotspolitik.

Unsere Maßnahmen

- Wir begrüßen den Luftreinhalteplan für Bielefeld. Die vorgeschlagenen Maßnahmen der Bezirksregierung Detmold lassen eine spürbare Senkung der Belastung mit Stickoxiden in der Stapenhorststraße erwarten ohne über das Ziel hinaus zu schießen. Um eine Verlagerung der Belastung zu verhindern und insgesamt die Luftqualität zu steigern, dringen wir auf die zügige Fertigstellung eines LKW-Lenkungskonzepts für Bielefeld.
- Der Luftreinhalteplan für Halle ist hinsichtlich seiner Auswirkungen für Bielefeld laufend zu überprüfen. Problemstellen durch die LKW-Umleitung auf Bielefelder Gebiet sind durch die Stadt Bielefeld konsequent und vernehmbar aufzunehmen und zu kommunizieren. Auf evtl. Änderungsbedarf ist intensiv hinzuweisen.
- Die Wassergebühren in Bielefeld sollen konstant bleiben. Wir wollen die jetzige Entwicklung fortsetzen. Etwaige Gewinne des Umweltbetriebes sind an die Bürger weiterzugeben.
- Den Landesentwicklungsplan der NRW-Landesregierung lehnen wir ab, weil er tief in die kommunale Selbstverwaltung eingreift und Arbeitsplätze in Bielefeld gefährdet. Bielefeld wird durch die Planvorgaben aus Düsseldorf besonders stark eingeschränkt. Die FDP setzt sich für das Recht der Kommunen ein, weiterhin Flächenpotenziale entwickeln zu können.
- Für die Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle außerhalb von Wasserschutzgebieten ist keine Frist gesetzt. Allerdings ist 30 Jahre nach der Erstprüfung eine Wiederholungsprüfung vorgesehen. Einer verdachtsunabhängigen, über die derzeitige Regelung hinausgehenden Verpflichtung privater Eigentümer zur Dichtheitsprüfung bedarf es nicht. Wir wollen die Dichtheitsprüfung vor Ort so umsetzen, dass die Bürger möglichst wenig belastet werden.

Verpflichtende Dichtheitsprüfungen außerhalb von Wasserschutzgebieten lehnen wir generell ab.

- Soweit die Verpflichtung zur Dichtheitsprüfung bis Ende 2015 bzw. 2020 (Abwasserleitungen in Wasserschutzgebieten und gewerblich bzw. industriell genutzte Anlagen) besteht, sind Synergieeffekte mit der Prüfung öffentlicher Abwasserleitungen zu nutzen.
- Soweit Sandabgrabungen im Stadtgebiet notwendig sind, muss gewährleistet sein, dass die Interessen umliegender Grundstückseigentümer gewahrt sind. Insbesondere darf es nicht zu einer spürbaren Veränderung des Grundwasserspiegels kommen.
- Auch zukünftig soll auf Bielefelder Stadtgebiet Landwirtschaft betrieben werden. Die Landwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig, Regulierungen und Umweltschutzaufgaben müssen verhältnismäßig bleiben.

8. Integration – Chancen nutzen, pragmatisch Hindernisse abbauen

Die Herausforderung

Bielefeld hat nach Köln in NRW den höchsten Prozentsatz von Einwohnern mit Migrationshintergrund. Ihre überwältigende Mehrheit lebt integriert und selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist Deutschland auch weiterhin auf Einwanderung angewiesen. Strukturelle Benachteiligung wie u.a. hohe Arbeitslosigkeit, schlechte oder gar keine Schul- oder Berufsausbildung, mangelhafte Sprachkenntnisse oder fehlende soziale Kontakte und Bindungen zu der Mehrheitsgesellschaft verhindern bei einigen die Integration. Zunehmende Zuwanderung und wachsende Flüchtlingszahlen lassen die Herausforderung Integration in ihrer Bedeutung weiter steigen.

Unser Kompass

Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache und tiefen Bezügen zu anderen Kulturräumen sehen wir zuerst als eine große Bereicherung und eine große Chance für unsere Stadt. Wir brauchen Einwanderer und darum brauchen wir auch eine Willkommenskultur und die Ablehnung von Diskriminierung und Rassismus, und zwar nicht nur in Sonntagsreden. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen. Wir fragen nicht, wo jemand herkommt, sondern wo er hinwill. Grundlage für das Zusammenleben ist das Grundgesetz und die darin verankerten Grundrechte, die für alle gelten. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Wer nicht der deutschen Sprache mächtig ist, hat erheblich schlechtere Chancen im Berufsleben, aber auch bei der individuellen Entfaltung in unserer Gesellschaft. Daher unterstützt die FDP alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen, ohne dass Kinder aus Zuwandererfamilien ihre Mehrsprachigkeit aufgeben.

Das Bemühen von Integration ist keine Einbahnstraße. Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das ethnische und kulturelle Anderssein akzeptiert wird. Andererseits kann eine offene und pluralistische Gesellschaft nicht gelingen, wenn Migranten eine Parallelgesellschaft um sich herumbauen. Die FDP ist gegen verordnete Assimilation der Zugewanderten. Sie hat Respekt vor alternativen Lebensentwürfen und vor unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen. Wir sind aber auch gegen Parallelgesellschaften von Migranten innerhalb unserer Gesellschaft und fordern von Allen diesen Respekt ein.

Ziel der Bemühungen der Integrationspolitik muss es sein, Menschen mit Migrationshintergrund nicht zu Leistungsempfängern, sondern zu Leistungsträgern zu machen.

Unsere Maßnahmen

- 25% aller Unternehmensgründungen erfolgen in Bielefeld durch Menschen mit Migrationshintergrund. Wir wollen, dass die städtische Wirtschaftsförderung Unternehmensgründungen an dieser Stelle zusätzlich stimuliert. Beratung und Werbung für die Selbstständigkeit kann hier viel Unternehmergeist freisetzen. Dafür sind zielgruppengerechte Angebote eine Erfolgsvoraussetzung. (siehe Kapitel Wirtschaft)
- Wir wollen eine Städtepartnerschaft auf Augenhöhe mit einer Großstadt in der Türkei initiieren. Die Türkei ist ein Land mit vielversprechenden wirtschaftlichen Perspektiven. Der Weg zu mehr Freiheit und Rechtsstaatlichkeit mag Rückschläge erlitten haben, ist aber nicht aufzuhalten. Da Bielefeld durch die Bielefelder mit türkischen Wurzeln mannigfaltige Kontakte und Bezüge in die Türkei hat, gibt es ausgezeichnete Voraussetzungen für gegenseitige Entwicklungsmöglichkeiten in Kultur, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Verknüpft sich die Bielefelder Wirtschaft stärker mit dem türkischen Markt, steigen auch die Berufschancen der oftmals hervorragend ausgebildeten Bielefelder mit türkischen Wurzeln.
- Wir wollen alle Maßnahmen fördern, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Die FDP will darüber hinaus, dass mit aufsuchender Sozialarbeit nicht integrierten Menschen Perspektiven der Integration und damit neue Chancen aufgezeigt werden.
- Wir unterstützen muttersprachliche Lernangebote etwa zum Erlernen der Schriftsprache, damit die nicht-deutschen Muttersprachen ein wichtiger und einsetzbarer Qualifikationsbaustein bleiben.
- Wir wollen, ggf. in Zusammenarbeit mit der Universität, mit einer Studie den Grad und die Hindernisse der Integration von Migrantinnen und Migranten in Bielefeld ermitteln. Auch Themen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, sexuelle Selbstbestimmung und der Umgang mit anderen Minderheiten sollen dabei thematisiert werden.
- Fordern und Fördern muss stets ein Grundsatz der Integrationspolitik bleiben. Das heißt, dass die Stadt ein ausreichendes Angebot an Integrationskursen zur Verfügung stellt. Die gesetzlich gegebenen Sanktionsmöglichkeiten, wie z.B. Kürzungen von Sozialleistungen, müssen von den Behörden aber auch konsequent angewandt werden, wenn Integrationskurse nicht besucht werden.
- Die FDP akzeptiert nicht, dass Kinder aus religiösen Gründen von Teilen des Schulunterrichts ferngehalten werden. Hier ist die Schulpflicht durchzusetzen.

- Wir unterstützen das bestehende Integrationskonzept der Stadt Bielefeld. Wir wollen, dass die in dem Integrationskonzept definierten Ziele stärker auf Umsetzung und Zwischenstand hin überprüft werden. So kann in einem Evaluierungsprozess besser festgestellt werden, ob die jeweiligen Ziele erreicht werden konnten und in welchen Bereichen ggf. Prioritäten anders gesetzt werden müssen.
- In unserer Kommune lebt eine wachsende Zahl von gläubigen Muslimen unterschiedlicher Herkunft. Die FDP tritt dafür ein, dass sie die Möglichkeit erhalten, für sich angemessene Gebetsräume zu schaffen. Für die Akzeptanz von Moscheen in der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft ist ein umfassender Dialog hilfreich. Er dient dazu, Ängste und Vorbehalte abzubauen und trägt zum fairen Miteinander von Christen, Muslimen, Juden, Anders- und Nichtgläubigen bei.
- Wir sind mit steigenden Flüchtlingszahlen konfrontiert. Die FDP geht mit dem Thema ehrlich um. Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung, Menschen vor Verfolgung zu schützen. Wir sprechen aber auch offen an, dass es zu einer Überforderung von örtlichen Nachbarschaften kommen kann, wenn sie plötzlich mit einer größeren Zahl von Menschen aus völlig anderem kulturellen Hintergrund konfrontiert werden. Darum besteht die FDP darauf, dass die Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung mit großer Sorgfalt gestaltet wird. Eine dezentrale Unterbringung muss Priorität haben. Die Lasten müssen über die Stadtbezirke besser verteilt werden. Brackwede trägt derzeit eine unverhältnismäßig hohe Last, die vor allem einer guten Integration von Flüchtlingen abträglich ist.

9. Transparenz und Compliance

Die Herausforderung

Städtische Betriebe bergen ein hohes Risiko an Interessenskonflikten und sachfremden Entscheidungen. Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen sind Ratsmitglieder, die fachlich oftmals nicht vollständig hierfür qualifiziert sind. Die Geschäftsführerpositionen scheinen sehr häufig nach Parteizugehörigkeit und nicht ausschließlich nach Qualifikation besetzt zu werden. Bewerber von außen, die neue Impulse setzen könnten, werden abgeschreckt. Alles was einer guten Führung und Aufsicht unserer Unternehmen abträglich ist, kostet alle Bürger erhebliche finanzielle Mittel, die an anderer Stelle fehlen.

Unser Kompass

Öffentliche Unternehmen sollen von Managern geführt und von Aufsichtsräten überwacht werden, die bestmöglich dafür qualifiziert sind. Parteibuchbesetzungen lehnen wir ab. Transparenz in nicht wettbewerbsrelevanten Entscheidungen ist das effektivste Kontrollinstrument, um Interessenskonflikte zu vermeiden. Auch die Akteure selbst brauchen ein klares Regelsystem. Zu dessen Entwicklung muss externe Sachkenntnis hinzugezogen werden.

Unsere Maßnahmen

- Alle Mandatsträger sollen schriftlich Auskunft geben über Beruf, Anstellung, Beteiligungen, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Vereinen und Verbänden sowie über ihre Bezüge und geldwerten Vorteile, die sie von städtischen Unternehmen, etwa durch Aufsichtsratsmandate oder berufliche Tätigkeiten erhalten haben. Diese Angaben sind durch die Stadt jährlich in geeigneter Form (Internet, Amtsblatt, Jahresabschluss) zu veröffentlichen.
- Wir wollen, dass in jeden Aufsichtsrat mindestens ein von der Stadt bestellter professioneller Aufsichtsrat entsandt wird und die Mandate der Stadt nicht ausschließlich nach Parteiproporz verteilt werden. Die Mitglieder von Aufsichtsräten sind vor Wahrnehmung des Mandats intensiver zu schulen als bislang.
- Um Beschäftigten der Verwaltung oder in kommunalen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, anonym auf Interessenskonflikte oder Korruption hinzuweisen, ist eine Rechtsanwältin / ein Rechtsanwalt als Ombudsstelle einzusetzen oder es muss alternativ eine interne Compliance-Stelle etwa beim Rechnungsprüfungsamt oder die Stelle eines Beauftragten des Rates eingerichtet werden.
- Transparenz im Bereich des Sponsorings durch kommunale Unternehmen ist durch öffentliche Sponsoringberichte zu gewährleisten, in denen Sponsor und Gesponserte mit den jeweiligen Zuwendungen aufgeführt werden.
- Wir wollen, dass durch externe Experten, etwa von Transparency International, die wesentlichen Abläufe in städtischen Unternehmen bei Auftragsvergaben, Geschäftsführerauswahl, Aufsichtsratsbesetzungen, Unternehmensführung usw. auf mögliche Interessenkollisionen und Einfallstore für Korruption überprüft werden. Ein hieraus abzuleitender Maßnahmenkatalog ist dann schnell umzusetzen.
- Strategisch nicht notwendige Beteiligungen sind abzubauen, um Interessenskonflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Hierfür ist eine strategische Bewertung aller bestehenden Beteiligungen durchzuführen.

10. Regionale Zusammenarbeit

Die Herausforderung

Bielefeld hat im Wettbewerb mit anderen Großstädten einen großen Vorteil: Unsere Region. Ostwestfalen-Lippe ist eine starke Region und Bielefeld ist mit Abstand die größte Stadt. Darin liegen immense Chancen. Das Einzugsgebiet für unseren Einzelhandel ist attraktiv, unsere Hochschulen und Kultureinrichtungen strahlen in die gesamte Region aus. Gemeinsame Initiativen wie das Spitzenclusterprogramm „It´s OWL“ zeigen, welche Potenziale in der regionalen Zusammenarbeit liegen.

Leider wurden diese Chancen in den letzten Jahren nicht konsequent genutzt. Desinteresse oder kleinliche Streitereien prägten unser Verhältnis zu den Nachbarkommunen. In manchen Feldern stehen wir auch im Wettbewerb mit unseren Nachbarn, aber unsere Hauptwettbewerber sind Städte gleicher Größenordnung in ganz Deutschland und unsere Nachbarn sind dabei ein zentraler Vorteil. Darum müssen wir die Potenziale, die unsere Stellung in unserer Region bietet, konsequent nutzen.

Unser Kompass

Bielefeld muss sich gegenüber seinen Nachbarstädten partnerschaftlich verhalten: Selbstbewusst, aber nicht überheblich; die eigenen Interessen wahren, aber zunächst das Gemeinsame fördern; die Verständigung suchen statt die Eskalation in Kauf zu nehmen. Von einem guten Miteinander in OWL profitieren wir alle, denn wir stehen auch als Region im nationalen Wettbewerb und wollen dabei alle unser gemeinsames Einzugsgebiet als Trumpf einsetzen.

Wir wollen daher aktiver als bislang den Kontakt zu den anderen Kreisen, Städten und Gemeinden in OWL suchen und ausbauen. Für regional bedeutsame Themen wollen wir uns an vorderster Linie einsetzen und ein Sprecher der Region mit Gewicht werden. Die interkommunale Zusammenarbeit muss in allen Bereichen verstärkt werden.

Unsere Maßnahmen

- Unser Verhältnis zu Gütersloh muss vollständig neu aufgebaut werden. Wir wollen, dass als eine der ersten Aktivitäten in der neuen Ratsperiode Gespräche zwischen beiden Städten beginnen, in denen alle bestehenden Konfliktfelder angesprochen werden. Ziel ist ein umfassender Interessensausgleich und ein Neustart in den Beziehungen beider Städte.
- Wir wollen mit Gütersloh eine umfassende Vereinbarung zur Umsetzung neuer Projekte der Zusammenarbeit aushandeln. Gerade in den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft und Kultur liegen enorme Potenziale. So könnten bestimmte Verwaltungseinheiten gemeinsam betrieben, Beschaffungen gebündelt, Bibliotheken vernetzt, Kulturprogramme gemeinsam veranstaltet oder Personalvertretungen wechselseitig organisiert werden. Wir wollen, dass so ein Städte-Duo Bielefeld-Gütersloh entsteht, das durch umfassende Kooperation Vorbild und Keimzelle für ähnlich gelagerte Zusammenarbeit mit weiteren Kommunen der Region wird. Durch den vierspurigen Ausbau der B61 wollen wir auch die Verkehrsanbindung verbessern.
- Die interkommunale Zusammenarbeit soll auch mit anderen Kommunen der Region gesucht werden. Ziel muss dabei immer die schnellere und einfache Abwicklung von Prozessen sein.
- Auch im Bereich der Kultur sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, wie durch Kooperation statt Konkurrenz das Angebot verbessert werden kann.
- Bielefeld muss innerhalb des Spitzenclusters „It's OWL“ eine starke Rolle spielen. Wir wollen, dass die Beteiligung von Bielefelder Unternehmen und Hochschulen durch die Stadt befördert wird, auch hier muss Bielefeld seiner Verantwortung und Führungsfunktion nachkommen.
- Gegenüber dem Land NRW muss Bielefeld deutlich vernehmbarer Fürsprecher der Region sein. Gemeinsame Appelle initiieren und vorbringen, Interessen und deren Durchsetzung koordinieren – diese Aufgaben sollten in der Region auch und vor allem vom Oberzentrum wahrgenommen werden.
- Wir bekennen uns eindeutig zum Flughafen Paderborn/Lippstadt. Die Stadt Bielefeld sollte entschlossener als bisher für dessen Erhalt und Wettbewerbsfähigkeit kämpfen. Beschränkungen der Entwicklungsfähigkeit, wie sie von der rot-grünen Landesregierung geplant sind, sind entschieden entgegen zu treten. Eine Großstadt braucht die Nähe zu einem Flughafen, er ist ein wichtiger Standortfaktor. Auch eine bessere Anbindung, z.B. durch eine Fernbuslinie, wollen wir fördern.

11. Sicherheit – Bürger und ihre Rechte schützen

Die Herausforderung

Wer sich in Bielefeld auf den Straßen und auf den Plätzen oder auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegt, soll dies angstfrei tun können. Wer in den Urlaub fährt oder gerade auch nur zum Einkaufen, soll sicher sein, dass sein Haus oder seine Wohnung nicht ausgeraubt wird. Auch das ist Freiheit. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis in einer Stadt. Bielefeld ist eine relativ sichere Stadt, soll es aber auch bleiben.

Unser Kompass

Gesellschaftliche Entwicklungen stellen immer wieder neue Herausforderungen an die Gewährleistung von Sicherheit. Liberale Sicherheitspolitik bedeutet, ausgewogene Lösungen zu finden, ohne dabei die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum, Freiheit und informationelle Selbstbestimmung gegeneinander auszuspielen, sondern zwischen diesen abzuwägen. Der Schutz und die Durchsetzung des Rechtsstaats ist uns ein zentrales Anliegen, wir wollen dabei aber eine offene und freie Stadt bleiben, in der Freiheitsrechte nicht beengt werden.

Unsere Maßnahmen

- Die beste Sicherheitspolitik ist präventiv. Wer bildungsfern aufwächst und keine Arbeit findet, ist auf Dauer chancenlos und wird schneller straffällig als Menschen, die ihren Platz im Leben gefunden haben. Den Dreiklang aus „bildungslos, joblos, chancenlos“ müssen wir durchbrechen. Mit Sprachförderung, Bildung und Sport schaffen wir Lebens- bzw. Berufsperspektive und vermeiden dadurch das Abgleiten in Kriminalität.
- Die FDP lehnt die flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze ab. Die Videoüberwachung ist eines der letzten Mittel zur Bekämpfung nachgewiesener Kriminalitätsschwerpunkte und muss sich auf diese zeitlich befristet beschränken. Mittel der Wahl ist eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsamt.
- Wir unterstützen ein konsequentes Vorgehen gegen gewaltbereite Fußballfans und setzen uns für eine Meldepflicht von Intensivtätern während der Spielzeiten ein. Diese Täter müssen sich dann zur Zeit des Spiels auf einer örtlichen Polizeidienststelle melden.
- Durch Bandenkriminalität haben Einbruchsdelikte in den letzten Jahren stark zugenommen, bei enttäuschenden Aufklärungsquoten. Wir wollen, dass sich die Polizeiarbeit auch bei Einbrüchen nicht auf die Aufnahme der Fälle beschränkt sondern aktiv ermittelt wird. Die Nachverfolgung der Beute im Internet, wo sie häufig wieder erscheint, ist hier ein vielversprechender Weg. Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität muss ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit bleiben bzw. werden.
- Wir unterstützen den besseren Schutz der Eigentümer vor Vandalismus und vor den damit verbundenen hohen Beseitigungskosten. Graffiti zu verharmlosen ist der falsche Weg der Be-

kämpfung dieser Form von Alltagskriminalität. Eigentümer und Bewohner müssen davor geschützt werden, dass ihr Eigentum beschädigt wird.

- Intelligente Geschwindigkeitskontrollen und -beschränkungen gehören an Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen in Schwerpunktzeiten zur Steigerung der Verkehrssicherheit. Sie sind kein Mittel zur Haushaltskonsolidierung. Wir wollen daher Geschwindigkeitskontrollen auf tatsächliche Unfallschwerpunkte konzentrieren.
- Wir wollen „No-Go-Areas“ verhindern und Angsträume wie etwa Unterführungen und „dunkle Ecken“ unter anderem durch ausreichende Beleuchtung vermindern. In Kooperation mit mobiel ist ein Beleuchtungs- und Sichtkonzept zu erarbeiten, wie die Zuwege zu den Haltestellen sicherer gemacht werden können.
- Wir brauchen in Bielefeld eine Bestandsaufnahme von Unterführungen und Gehwegen, gerade auch in den Wohnquartieren, die fehlende Beleuchtungen aufweisen. Oftmals braucht es nur eine oder zwei Straßenleuchten, um das Problem zu beheben.
- Aus Müllsammelstellen entwickeln sich häufig verwahrloste Flecken. Wir wollen, dass diese Problemstellen häufiger angefahren werden. Auch eine Schließung oder Verlegung problematischer Sammelstellen ist zu prüfen.
- Beim Schutz unserer Bürger achten wir auch auf die Funktionsfähigkeit und Effizienz der haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren und die Hilfsdienste des Katastrophenschutzes.

12. Sport und ehrenamtliches Engagement

Die Herausforderung

Sport bietet eine wichtige Abwechslung zum Alltag, schafft Perspektivwechsel und bereitet Freude. Er dient der eigenen Gesundheitsvorsorge und dem Austausch der Kulturen und vermittelt Werte wie Fairness, Akzeptanz von Regeln und Achtung des sportlichen Gegners. Wer Sport treibt, hat eine höhere Lebensqualität. Außerdem ist Sport auch Quelle sozialen Lernens und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention. Sein integrativer Faktor ist erheblich und eine ganzheitliche Bildung wird durch Sport erst möglich.

In unserer Gesellschaft wird Sport zu einem großen Teil in ehrenamtlich organisierten Vereinen betrieben. Vereine sind ein wichtiges Bindeglied in der Gesellschaft und bieten soziale Heimat. Das ehrenamtliche Engagement muss kontinuierlich gefördert werden, auch weil es im Wettbewerb zu anderen Freizeitgestaltungen steht. Auch durch die Ausweitung von Schulzeiten wird die Jugendarbeit für Vereine schwieriger.

Unser Kompass

Mit der Sportentwicklungsplanung haben wir an einer Grundlage zur Entwicklung der Sportstätten in unserer Stadt aktiv und im Sinne der Bürger mitgearbeitet. Diese Grundlage wollen wir nutzen, um

die Bereitstellung, Pflege und Nutzung vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen für Vereine und den vereinsungebundenen Sport zu koordinieren. Unsere Sportvereine sind ein wichtiger Partner zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele. Wir wollen sie daher noch stärker mit öffentlichen Angeboten vernetzen und diese einbinden, z.B. im offenen Ganztage.

Als Liberale begrüßen und fördern wir bürgerschaftliches Engagement. Wo Bürger tätig werden, sollen sich Staat und Stadt zurückhalten. Wir wissen um den Wert bürgerschaftlichen Engagements. Bei Liberalen finden ehrenamtlich Engagierte Wertschätzung, Unterstützung und öffentliche Anerkennung. Die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit in Sport, Kultur, Bildung und im sozialen Leben wollen wir deutlich verstärken.

Unsere Maßnahmen

- Wir streben einen breiten politischen Konsens in der Bielefelder Sportpolitik an. Wir wollen nicht, dass Vereine gegeneinander oder gegen den vereinsungebundenen Sport ausgespielt werden. Wir setzen auf ein einvernehmliches und konstruktives Miteinander aller Akteure. Sportpolitik soll nicht über, sondern mit den Akteuren und Experten entscheiden.
- Die Mittel aus der Sportpauschale sollen nach dem bisherigen Modell weiter verwendet werden. Die öffentlichen Mittel können so durch die beträchtlichen Eigenleistungen der Vereine vervielfachte Wirkung erzielen. Mit Eigenmitteln erbaute Sportstätten werden in der Regel auch nachhaltiger gepflegt.
- Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements wollen wir, dass städtische Gebäude für die Jugendarbeit grundsätzlich kostenlos genutzt werden können.
- Die Nutzung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen durch Vereine und Initiativen wollen wir stark vereinfachen und vergünstigen. Dies schließt Sportangebote für Ältere ausdrücklich ein.
- Die Anstrengungen, Sport- und andere Vereine in OGS-Angebote zu integrieren, wollen wir verstärken.
- Die FDP will auch private Investoren ermutigen, in Sportstätten zu investieren, beziehungsweise neue zu errichten. Dazu werden wir dafür sorgen, dass die Genehmigungsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung unkomplizierter und pragmatischer ausfallen.
- Wir wollen, dass Bielefeld deutlicher als bislang auch als Austragungsort großer Sportveranstaltungen wahrgenommen wird. Bestehende Traditionsveranstaltungen wollen wir stärken. Darüber hinaus wollen wir weitere Sporthighlights wie Länderspiele oder nationale Finalkämpfe in einer Vielzahl von Sportarten möglichst kostenneutral nach Bielefeld holen.
- Als Beginn einer lebenslangen Bewegungskultur sollen Sportstunden in allen Kindertagesstätten verstärkt angeboten werden.